

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Mai 2016 Nr. 166

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Kein Schweizer Geld für die Kriege dieser Welt!

Protestaktion an der GSoA-Vollversammlung



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Wer an der diesjährigen Vollversammlung der GSoA teilnahm, konnte es förmlich spüren: Die GSoA-AktivistInnen sind voller Energie und Ideen, mit denen sie den Investitionen der hiesigen Finanzinstitute in die weltgrössten Rüstungskonzerne Einhalt gebieten möchten. Diese Hingabe und Entschlossenheit wird uns bei der vielen Arbeit, die nun nach dem Beschluss der Initiativen unweigerlich auf uns zukommt, helfen.

Es gilt nämlich noch viel zu recherchieren, zusammenzustellen, zu kommunizieren und, und, und. Spätestens nach der letzten VV ist klar, dass das Sekretariat und die Koordination auf zahlreiche engagierte Menschen zählen können, die sich aktiv einbringen möchten, mitdenken und sich kritisch zu äussern wagen. Deshalb findest Du an dieser Stelle zuallererst ein grosses Dankeschön an Dich selbst – denn ohne Dich wäre die Arbeit der GSoA schlicht nicht möglich.

Natürlich haben wir auch dieses Mal wieder eine spannende Zeitung zusammengestellt. Erfahre auf dieser Seite etwas über die vergangenen Aktivitäten der GSoA. Auf der nächsten Seite bekommst Du weitere Informationen über die geplanten kommunalen Initiativen, die bevorstehende eidgenössische Volksinitiative und die Hintergründe dazu.

Auf den Seiten 4 und 5 rechnen wir gründlich mit der Schweizer Armee ab. Wir thematisieren ihre kosmetische Reform und ihre dilettantischen Aufrüstungsversuche, benennen die gefährlichen Tendenzen der Nato-Annäherung und zeigen Wege einer alternativen Sicherheitspolitik auf. Ab der Seite 6 öffnen wir unseren Blickwinkel und berichten über einige ausgewählte internationale Entwicklungen. Wir zeigen beispielsweise auf, welche Verbindungen zwischen den Kriegsmaterialexporten und dem Nahen Osten gezogen werden können und wie konkret und wie bedrohlich die Militarisierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik wirklich ist.

Für das Redaktionsteam: Daniela Fischer

OSTERMARSCH 2016

Entrüstung für den Frieden

Unter dem Motto «Entrüstung für den Frieden – Geflüchtete willkommen heissen» fand am 28. März in Bern der traditionsreiche Ostermarsch statt. Knapp tausend Personen zogen mit Transparenten und Fahnen durch die Strassen und forderten ein Ende der Schweizer Beteiligung an Kriegen und Konflikten. Von Thomas Leibundgut

An der Demonstration riefen wir dazu auf, Geflüchtete in der Schweiz unbürokratisch aufzunehmen und ihnen den Zugang zu Bildung und Arbeit zu gewähren. Wir forderten ein Ende von Schweizer Waffenexporten, die Kriege anheizen und Menschen in die Flucht treiben. Anstelle von Abschottung und Terrorbekämpfung durch Aufrüstung plädierten wir für eine offene Schweiz, die mit friedensfördernder Aussenpolitik international Akzente setzt.

«Aus feministischer und friedenspolitischer Perspektive kann Flüchtlingspolitik nicht funktionieren, wenn sie mit den Instrumenten der Sicherheitspolitik betrieben wird», meinte dazu

Sarah Diack, Programmverantwortliche Friedenspolitik beim cfd. Gefordert sei vielmehr ein Engagement für eine friedensfördernde Aussen- und Wirtschaftspolitik, die dazu beiträgt, dass Menschen erst gar nicht in die Flucht getrieben werden.

Amanda Ioset, Generalsekretärin von Solidarité sans Frontières, ging in ihrer Rede auf die aktuelle Situation von Geflüchteten in der Schweiz ein und unterstrich, wie grundlegend die Möglichkeit, zu arbeiten und zu lernen, als Weg aus der oftmals ungeklärten und perspektivlosen Situation von Geflüchteten ist: «Integration ist ein reziproker und gegenseitiger Prozess, an dem MigrantInnen genauso wie die Schweizer Gesellschaft teilnehmen müssen. Das bedeutet auch, dass Integration niemals unter Zwang und durch Drohungen stattfinden kann.» Die Veranstaltung mit dem aktuellen Thema wurde aufgelockert durch Musik von Beat Moustache, Trinken und Essen aus dem Jura, was zusammen mit dem strahlenden Wetter weiter zur guten Stimmung beitrug.



GSOA-VOLLVERSAMMLUNG

Mehrere Initiativen beschlossen!

«Kein Schweizer Geld für die Kriege dieser Welt!» – mit diesem Leitsatz hat die GSoA das bevorstehende initiativreiche Vereinsjahr eingeläutet. Im Mittelpunkt der 34. Vollversammlung stand der Beschluss, kommunale Volksinitiativen in verschiedenen Schweizer Städten sowie eine eidgenössische Initiative im Jahr 2017 zu lancieren.

Von Daniela Fischer

Rund 60 GSoA-AktivistInnen aus der ganzen Schweiz versammelten sich am 9. April im Restaurant Kreuz in Solothurn, um einen Blick zurück auf die vergangenen Vereinsaktivitäten zu werfen, vor allem aber, um die Projekte der Zukunft zu diskutieren und zu konkretisieren. Um der Verstrickung des Schweizer Finanzplatzes mit den internationalen Kriegsmaterialkonzernen Einhalt zu gebieten, hat die Mitgliederversammlung beschlossen, eine eidgenössische Volksinitiative für ein Finanzierungsverbot von Kriegsmaterial zu lancieren. Im Frühjahr 2017 wird die GSoA mit der Unterschriftensammlung beginnen. Ziel ist es, dass Schweizer Banken, Versicherungen und Pensionskassen

nicht länger in Kriege und Konflikte weltweit investieren.

Dass auch Pensionskassen in Rüstungsunternehmen investieren, ist ein ungeheurerlicher Skandal, handelt es sich doch bei diesen Investitionen um das Vermögen der Versicherten. Die Pensionskassen entscheiden über deren Köpfe hinweg, dass mit ihrem Geld Kriegsmaterial produziert werden soll. Aus diesem Grund hat die Vollversammlung ebenfalls entschieden, bereits diesen Sommer kommunale Initiativen in verschiedenen Städten zu lancieren, um dieses Treiben zu beenden.

In einer symbolischen Aktion stellten sich die AktivistInnen vor dem Restaurant Kreuz in einer Reihe auf, um nacheinander Geld in eine Atombombe zu werfen. So stellten sie dar, wie die Renten der Bevölkerung in die Produktion von Kriegsmaterial investiert wird.

Zudem verabschiedeten die anwesenden Mitglieder eine Resolution gegen den Einsatz der Armee an der Grenze. Die GSoA wird sich vehement gegen die von rechter Seite angestrebte Militarisierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik wehren.



Nationaler Sammeltag am 2. Juli 2016

(mc) Am Samstag, 2. Juli 2016, findet der erste nationale Sammeltag der kommunalen Initiativen für ein Verbot der Kriegsmaterial-Finanzierung statt. In allen Initiativstädten der Schweiz werden wir auf der Strasse präsent sein, um Unterschriften zu sammeln und uns mit den anderen Regionalgruppen zu messen.

Der Sammeltag startet in den verschiedenen Städten (z.B. in Bern, Chur, Luzern, St. Gallen, Zürich) am Samstagmorgen um 10:00 Uhr mit einer Einführungsveranstaltung für neue SammlerInnen. Erfahrene UnterschriftensammlerInnen werden Dir Tipps und Tricks zum erfolgreichen Sammeln auf den Weg geben und Dir die Argumente näherbringen. Anschliessend werden die neu erlangten Fähigkeiten von 11:00 Uhr bis 12:00 Uhr geübt, damit wir schlussendlich alle ab 12:00 Uhr argumentativ gerüstet auf die Strasse gehen können, um fleissig und effizient Unterschriften zu sammeln. Nach getaner Arbeit bleibt Zeit, im gemütlichen Rahmen bei einem Bier, Kaffee oder Sirup den Tag ausklingen zu lassen.

Halte Dir den Tag frei, um zusammen mit Deiner GSoA-Regionalgruppe zum Gelingen der kommunalen Initiativen beizutragen. Gemeinsam lehren wir den militärisch-industriell-finanziellen Komplex das Fürchten. Zudem kannst Du Dich mit anderen AktivistInnen in der ganzen Schweiz vernetzen, austauschen und messen und Deiner Regionalgruppe zum Titel «Supersammlerin» verhelfen.

Weitere Infos unter: www.gsoa.ch/agenda

FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIAL

Pensionskassen und Rüstungskonzerne

Jeden Monat geben alle, die einer Pensionskasse angehören, einen Teil ihres Lohnes für eine stabile Rente und Sicherheit im Alter ab. Dass dieses Geld unter anderem in Atomwaffen und sonstiges Kriegsmaterial investiert wird, wissen die wenigsten.

Von Lewin Lempert

Schon seit einiger Zeit bearbeitet die GSoA nun das Thema der Finanzierung von Kriegsmaterial. Die Kampagne «Ausgeschossen!» konnte nach und nach aufdecken, wie viele Milliarden Franken vom Schweizer Finanzplatz in die Rüstungsindustrie fliessen. UBS, Credit Suisse, die Schweizerische Nationalbank: Sie alle investieren Milliardenbeträge in die Rüstungsindustrie. Allein die UBS hielt im Jahr 2015 Anlagen in der Höhe von 5,1 Milliarden Dollar an Atomwaffenkonzernen. Im November 2015 begann die GSoA mit der Recherchearbeit zu den Pensionskassen, welche einen grossen Teil unseres Volksvermögens verwalten. Mittels einer Briefvorlage forderten wir BesitzerInnen von Pensionskassenguthaben auf, bei ihren Kassen nachzufragen, inwieweit diese in Konzerne investieren, die «international geächtete Waffen» produzieren. Eine stattliche Anzahl von Antworten kam zusammen: Von der städtischen Pensionskasse Bern über die Pensionskasse der SBB bis hin zur Pensionskasse von Nestlé haben viele geantwortet. Zusammengerechnet beläuft sich das schweizerische Pensionskassenvermögen auf stolze 800 Milliarden Franken. Die Schweizer Kassen haben folglich ein enormes Gewicht und gehören

weltweit zu den grössten ihrer Art. Transparenz ist für die Verantwortlichen dieser Pensionskassen jedoch nicht immer das höchste Ziel. Viele verklausulierte und zweideutige Schreiben unter den Antworten belegen dies. Einige vergriffen sich gar massiv im Ton: «Nur wegen ethischen Eigeninteressen einer kleinen, aber äusserst aggressiven und [...] respektlosen Randgruppierung» werde sie keine Auskunft erteilen, liess die Pensionskasse eines Kantonshauptortes auf Anfrage der GSoA verlauten.

12 Milliarden Rentengelder in der Rüstungsindustrie

Anhand der detaillierten Antworten einiger Pensionskassen konnten wir jedoch eine grundsätzliche Tendenz feststellen, wie Schweizer Pensionskassen mit Investitionen in die Rüstungsindustrie umgehen. Im Schnitt haben die Pensionskassen zwischen 0,5 und 1,5 Prozent ihres Vermögens in Rüstungskonzernen angelegt. Dies bedeutet, dass schweizweit bis zu 12 Milliarden Franken unseres Vorsorge-

vermögens in Konzerne fliesst, welche direkt Kriege und Konflikte anheizen. So investiert die Pensionskasse der Stadt Zürich rund 80 Millionen Franken in 42 der 118 grössten Rüstungskonzerne weltweit. Die Pensionskasse der Stadt Bern besitzt Anlagen in der Höhe von etwas über 40 Millionen Schweizerfranken und die Pensionskasse des Bundes (Publica) trägt mit 110 Millionen Franken zur weltweiten Ausrüstung bei.

Grundsätzlich problematisch ist, dass sich Pensionskassen damit am Gewinn von Industrien beteiligen, die daran interessiert sind, dass globale Instabilität und Unsicherheit zunehmen und Regierungen ihre Waffenarsenale aufrüsten. Nur so ist ihr tödliches Geschäft lukrativ.

GSoA lanciert kommunale Volksinitiativen

Die Vollversammlung der GSoA hat am 9. April in Solothurn beschlossen, ab Sommer 2016 mehrere kommunale Volksinitiativen in verschiedenen Städten zu lancieren. Mit diesen kommunalen Volksinitiativen soll es den städtischen Pensionskassen verboten werden, Geld in der Rüstungsindustrie und insbesondere im Geschäft mit «international geächteten Waffen» anzulegen. Schon jetzt existieren seitens der Pensionskassen und seitens der Politik Bemühungen, Ethik-Richtlinien durchzusetzen und nachhaltig zu investieren. Die GSoA-Initiativen werden diesen Bemühungen Auftrieb verleihen und bei den Pensionskassen hoffentlich einen grundsätzlichen Bewusstseinswandel auslösen. Es geht darum, die demokratische Kontrolle über unser eigenes Geld wiederzuerlangen und der Kriegstreiberei mit unseren Renten ein Ende zu setzen.



KASERNE IN MEYRIN

Verschleierungen um eine Kaserne

Am 28. Februar sprachen sich 68 Prozent der GenferInnen für einen Kredit von 21 Millionen Franken und damit für den Bau der neuen Kaserne in Meyrin-Mategnin aus. Damit akzeptierten sie den Vorschlag des Staatsrates, der im Vorfeld der Abstimmungen absichtlich Dokumente zurückhielt und vordergründig den Bau von 1'500 neuen Wohnungen von der Annahme des Militärkredits abhängig machte.

Von Amanda Gavilanes

Nach einer erbitterten Kampagne voller Lügen und Vertuschungen waren Staatsrat, die Rechte und ein Teil der Linken schliesslich erfolgreich: Damit im Quartier Vernets 1'500 Wohnungen entstehen können, sollen in Meyrin eine neue Kaserne gebaut und zwei weitere Armeestandorte in Aire-la-Ville und Avusy ausgebaut werden. Doch die Zweifel darüber, ob Bau und Finanzierung der Militärstandorte notwendig sind, bleiben bestehen. Tatsächlich deckte die GSoA während der Kampagne auf, dass Dokumente, die für die Meinungsbildung der Abgeordneten und der BürgerInnen unerlässlich gewesen wären, vom Staatsrat Pierre Maudet unter dem Vorwand der Sicherheit zurückgehalten wurden. Zum Zeitpunkt der parlamentarischen Debatten machte er weder die Vereinbarung zwischen Genf und dem Bund noch das Protokoll mit Zugeständnis-

sen von 2012, welche die vorzeitige Räumung von Vernets betrafen, der Öffentlichkeit zugänglich.

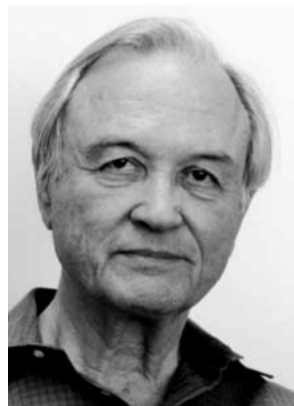
Im vergangenen Dezember hat die GSoA eine erste Anfrage getätigt, um die Veröffentlichung der Dokumente zu veranlassen. Die Anfrage wurde mit dem Abweisungsbescheid im Auftrag von Herr Maudet abgelehnt. Erst nachdem die lokale Presse von der Absage berichtet und das VBS sich für die Veröffentlichung der Dokumente ausgesprochen hatte, wurden sie am 22. Februar publik – gerade einmal eine Woche vor der Abstimmung.

Eine sorgfältige und kritische Lektüre dieser Dokumente klärt darüber auf, dass die Armee seit 2004 geplant hatte, Vernets zu verlassen. Aus diesem Grund hat der Genfer Staatsrat alles Mögliche versucht, um die Armee in Genf zu halten – und nicht umgekehrt. Die Armee hat nicht um neue Infrastruktur gebeten. Im Gegenteil: Der Kanton Genf hat die Entscheidung getroffen, eine neue Kaserne zu bauen, obwohl in Bern grosse Unklarheiten bezüglich der künftigen Stationierungspläne der Truppen bestehen.

Im Lichte dieser Informationen ist die GSoA überzeugt, dass zwei weitere Teile des Abkommens von 2012 nicht unvermeidbar sind. Deshalb ziehen wir Referenden gegen die geplanten Vergrößerungen der weiteren Kasernen in Betracht.

WILLY SPIELER

Ein treuer und kritischer Weggefährte



(j) Am 25. Februar verstarb Willy Spieler, einer der treuesten Weggefährten, den die GSoA seit den 80er Jahren hatte. In schöner Regelmässigkeit stellte er uns die von ihm redigierten *Neuen Wege* als Diskussionsforum zur Verfügung. Die Religiösen SozialistInnen spielten und spielen eine ähnliche Rolle wie die GSoA: das antimilitaristische und pazifistische Gewissen der Linken. Willy Spielers Solidarität mit der GSoA war eine kritische. So war er 2001 nicht einverstanden mit unserem Referendum gegen militärische Auslandseinsätze. Aber sobald es konkreter wurde, war er praktisch immer auf unserer Seite. Das zeigt ein Artikel, den er drei Jahre später in der GSoA-Zitig unter dem Titel «EU-Verfassung: neoliberal und militaristisch» gegen den Militärinterventionismus veröffentlicht hat. Gut dokumentiert ist die gemeinsame Geschichte der GSoA und der *Neuen Wege* im von ihm zusammen mit Stefan Howald und Ruedi Brassel-Moser produzierten Buch *Für die Freiheit des Wortes* (Theologischer Verlag Zürich, 2009). Die wichtigste Gemeinsamkeit, die wir mit Willy Spieler hatten, war neben dem Pazifismus die Verbindung von Radikalität und Realität. Indem wir einer Politik der konkreten Utopie treu bleiben, bewahren wir Willy unsere Treue.

WEITERENTWICKLUNG DER ARMEE

Die GSoA beschliesst Stimmenthaltung

Wieso die Stimmenthaltung bei einer allfälligen Abstimmung zur Weiterentwicklung der Armee (WEA) die sinnvollste Entscheidung ist und wieso eine hohe Stimmbeteiligung der Armee massiv schaden würde.

Von Lewin Lempert

Die GSoA sagt nicht Nein zu einer Armeevorlage: Gibt's so was? Ja, und zwar schon bei der letzten Armeereform, der Armee XXI. Doch nicht nur die historische Komponente, auch inhaltliche Faktoren sprechen für eine Stimmenthaltung. Momentan stellt die WEA für die armeerfreundlichen Kreise eine eigentliche Zerreihsprobe dar. Dies aus dem Grund, weil die armeerherrlichende Gruppe Giardino das Referendum gegen die WEA ergriffen hat. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft und mit ihr die bürgerlichen Parteien unterstützen

jedoch die Vorlage. Die Militärsympathisantin Neue Zürcher Zeitung tobt und spricht vom «drohenden Krieg der Offiziere». Dieser Diszens unter Armeefreunden schadet der Institution Armee massiv. Inhaltlich ist der Streit an den Haaren herbeigezogen. Weder steht eine «Halbierung der Armee» (das Referendumskomitee) noch eine «sinnvolle Reform» (die Befürworter) zur Debatte. Die WEA ist vor allem eines: Eine Pseudoreform ohne Nutzen und dem Innovationsgrad eines alten VW Golf. Zwar soll der Sollbestand auf 100'000 Mann gesenkt werden, doch der Effektivbestand wurde bei 140'000 angesetzt. Zum Vergleich: Der Effektivbestand betrug im Jahr 2015 128'962. Rechnet man alle Angehörigen der Armee inklusive Reserve zusammen, so kommt man vor der WEA auf einen Totalbestand von knapp 200'000 SoldatInnen, während es nach der

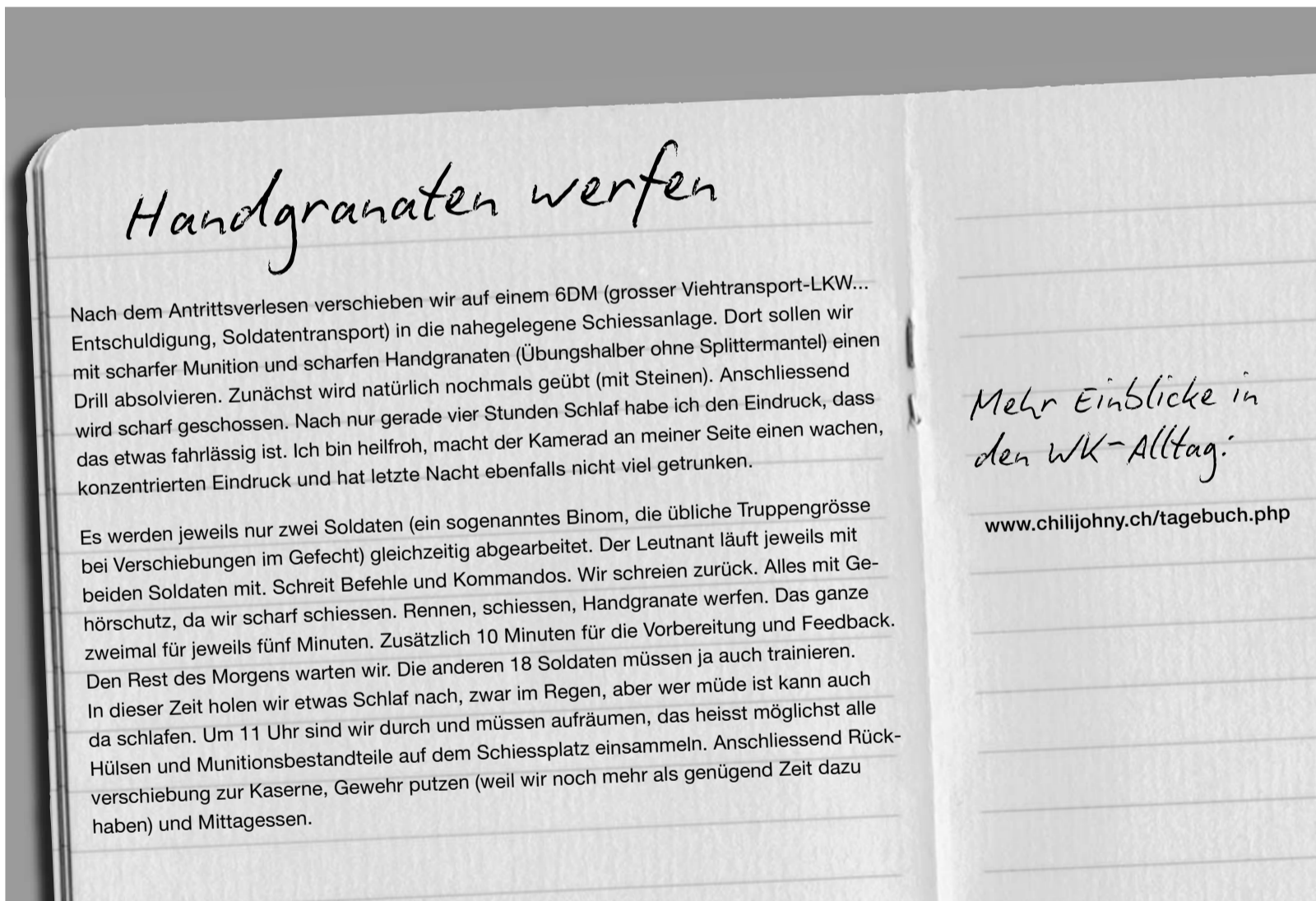
WEA immer noch 160'000 SoldatInnen sein werden. Es handelt sich also keineswegs um eine «Armeehalbierung». Negativ ins Gewicht fallen bei der WEA die Ausweitung der gesetzlichen Grundlagen für Einsätze im Innern, die Regelung, dass Durchdiener nach Erfüllung ihrer Dienstzeit weitere vier Jahre aufgebieten werden könnten, und das an den Kalten Krieg angelehnte Mobilisierungskonzept.

Enthaltung zur kosmetischen Reform

Grundsätzlich muss aber bei eingehender Betrachtung gesagt werden, dass nach stundenlangen Debatten im Parlament höchstens eine kosmetische Reform vorliegt. Die realen Veränderungen sind marginal. Statt die Ausrichtung der Armee grundsätzlich zu überdenken, geht das Parlament noch immer von epischen Panzerschlachten im Mittelland aus.

Die GSoA will die Armee abschaffen und sieht in der WEA folgerichtig eine Verteidigung des Status Quo. Aus Protest empfehlen wir darum, bei einer allfälligen Abstimmung leer einzulegen. Das Referendum ist eine Auseinandersetzung zwischen den Kalten Kriegern des VBS und den noch Kälteren Kriegern der Gruppe Giardino.

Eine hohe Leerbeteiligung bei einer Armeevorlage würde denjenigen, welche aus der Armee die heilige Kuh der Nation stilisieren, zu denken geben. Die vielen leeren Stimmzettel wären klare Protestzeichen gegen eine Armee und ein Bundesdepartement, die beide reformunfähig sind.



GLOSSE

Den Trachtenverein unter Schutz stellen

(aw) Armeefans in der Schweiz zeichnen sich durch einen ausgeprägten Hang zum Aufbewahren aus. Das zeigt sich zum Beispiel an den mehreren Dutzend im ganzen Land verstreuten Militärmuseen. Die ausgemusterten Bloodhound-Raketen kann man beispielsweise in Menzingen besichtigen (Vor Anmeldung erforderlich, gutes Schuhwerk empfohlen). Im Schweizer Schützenmuseum in Bern kann man sein Wissen bei einem Quiz mit Pocket-PCs testen und seine Geschicklichkeit beim Schiessen mit Armbrust, Pistole und Gewehr (Vor Anmeldung ebenfalls erforderlich). Es dürfte kein Zufall sein, dass die Gripen-Befürworter ihr verunglücktes Abstimmungsfest im Militärfliegerturm in Altenrhein abhielten.

Unterhalten werden die Museen meist von einem der vielen militärhistorischen Freiwilligenvereinen, die in unserem Land blühen. Da gibt es zum Beispiel den Centurion-Verein Schweiz (auch Frauen sind als Mitglieder herzlich willkommen, Panzerkenntnisse keine Voraussetzung), den Verein «Rost & Grünspan» (lebendige Darstellung der Schweizer Militärgeschichte 1845 bis 1945) oder die Schweizerische Gesellschaft für militärhistorische Studienreisen. (Die Exkursion «1. Panzerdivision im Westfeldzug 1940» ist leider schon ausgebucht, aber dieses Jahr gibt's noch 30 weitere Reisen im Angebot.)

Einige Armeefans gehen nun einen Schritt weiter. Sie wollen nicht nur einzelne Uniformen oder Kanonen ins Museum stellen. Sondern einen ganzen Flugplatz. Eine Fläche in der Grössenordnung einer kleineren Gemeinde. Per Einzelinitiative wollen sie den Militärflugplatz Dübendorf zum Unesco-Weltkulturerbe machen, wie etwa Machu Picchu, die Akropolis und die Chinesische Mauer.

Vielleicht ist der Ansatz ja gar nicht so falsch. Die Schweizer Armee ist ja heute schon ein «militarisierter Ballenberg» (Tages-Anzeiger) und «der grösste Trachtenverein der Welt» (Peter Bodenmann). Warum also nicht gleich die ganze Armee unter die Obhut des Kulturgüterschutzes stellen? Ich wüsste schon einen passenden Ort für ein Freilichtmuseum.

SCHWEIZ - NATO

Sie, deren Name nicht genannt werden darf

Vom 16. bis 17. Februar fand in Zürich eine Nato-Konferenz im Bereich militärischer Kooperation statt – vom VBS elegant als «Konferenz des Nordatlantischen Bündnisses und seinen Partnern» betitelt. Am zweiten Konferenztag informierte das VBS dann auch über die Genehmigung des Übungsprogramms 2016 für die militärische Zusammenarbeit mit der Nato. Deren Name wird jedoch nie genannt. Von Meret Schneider

Mitte Februar diskutierten die Nato und ihre Partner über die zukünftige militärische Zusammenarbeit im Rahmen des veränderten Sicherheitsumfeldes. Das Ziel der Konferenz war, mit Alliierten, Partnern und Vertretern

der Nato-Kommandostruktur die Notwendigkeit der militärischen Zusammenarbeit sowie die aktuellen Herausforderungen zu diskutieren und die Strategien anzupassen. Die Nato wird dabei jeweils elegant mit «der Veranstalter» umschrieben – rhetorisch bleiben wir also mal lieber neutral.

Ein Tag später – gleiches Szenario: Das VBS gibt die Genehmigung des Übungsprogramms für die internationale militärische Zusammenarbeit 2016 bekannt. Dieses enthält die Teilnahme an Übungen, die ausserhalb der «Nato-Partnerschaft für den Frieden» stattfinden. Ausserdem enthält es die Teilnahme der Luftwaffe an diversen Übungen, sowie an einem Umschulungskurs für PC-21-Piloten. Dazu

kommen mehrere kurze Kurse für Schützen, Patrouilleure und Aufklärer sowie Kurse der Spezialkräfte zusammen mit einzelnen ausländischen Partnern. Dass die Übungen eigentlich «Nato Tiger Meet» etc. heissen, ignoriert das VBS nonchalant. Wir sind ja militärbündnisfrei. Das ist schliesslich auch die Bedingung für unsere Schweizer Neutralität. Und Dinge werden gemäss semiotischer Lehre ja erst durch ihre Bezeichnung zu dem, was sie sind. Hochphilosophisch, liebes VBS – aber sie, deren Name nicht genannt werden darf, ist die Nato und eine Annäherung untergräbt die Neutralität auch, wenn Ihr sie nicht beim Namen nennt.

FRAUEN, FRIEDE, SICHERHEIT

Für eine andere Sicherheits- und Friedenspolitik

Die schweizerische Sicherheitspolitik wurde mit der Unterzeichnung der Resolution 1325 des UN Sicherheitsrates von 2000 um die Genderdimension erweitert. Frauen, Friede, Sicherheit wurde mittels eines nationalen Aktionsplans (NAP) als Programm aufgenommen. Nun ist die dritte Version dieses Plans in der letzten Phase und es lohnt sich einen kritischen Zwischenhalt einzulegen.

Von Annemarie Sancar

Wie feministische Friedensorganisationen seit längerem feststellen, haben sich die strukturellen Verhältnisse, die letztlich auch zu gender-basierter Gewalt im Krieg führen, nicht geändert. Auch in der Schweiz tun sich SicherheitspolitikerInnen schwer mit Veränderungen. Ist die Resolution 1325 ein politischer Leitsatz

oder einfach ein Instrument unter vielen? Wie ist ihr Stellenwert in den Strategien des Bundes zur Förderung von Sicherheit und Stabilität, für Prävention von gewaltförmigen Konflikten, für Menschenrechte und Gleichberechtigung?

Bisher wurden in den offiziellen Fortschrittsberichten bereits verschiedene zivile Positionen zusammengetragen. 2016 veröffentlicht nun erstmals die von KOFF organisierte NGO AG Frauen, Friede, Sicherheit den alternativen Bericht, «Women Peace Security-reloaded», Produkt eines längeren Prozesses der Plattform bestehend aus engagierten feministischen NGOs wie cfd, Frauen für den Frieden und PWAG. Der Bericht leuchtet die Wirkungsmacht der Politikfelder aus, wo für Frauen relevante Sicherheitsentscheide gefällt werden. Ein Einblick: Im Zentrum der Resolution ste-

hen Schutz vor Gewalt, Mitwirkung der Frauen und Prävention von Konflikten. Reicht es, wenn die Zahl der Frauen an den Verhandlungstischen steigt? Reicht es, wenn Täter verurteilt und Frauen, die in militarisierten Kontexten Opfer von Gewalt werden, Beratung erhalten? Im Bericht werden die strukturellen Hindernisse einer gendergerechten Sicherheits- und Friedenspolitik analysiert, und zwar aus einer Perspektive, die über die engen Grenzen der «zivilen Friedensförderung» als Antwort auf militärische Interventionen hinausblickt. Der NAP 1325 ändert nämlich nichts daran, dass die Gender-Frage in der militärischen Sicherheitspolitik repliziert wird. Es braucht also eine andere, feministische Fragestellung. Als Ausgangspunkt von Sicherheit gilt Lebensqualität, und die hängt ab von der Verfügbarkeit der

Ressourcen, von Zeit und Energie. Das gilt auch in Kriegs- und Konfliktsituationen. Friedensförderung muss, will sie gendergerecht sein, auch wirtschafts-, finanz-, sozial- und gleichstellungspolitische Forderungen stellen. Das würde auch der unschönen Praxis entgegenwirken, die Konfliktsachen an andere Orte, möglichst in den Süden, auszulagern. Mit diesem Bericht will die NGO AG auch die Schweizer PolitikerInnen dazu motivieren sich nicht aus der Verantwortung zu stehlen und einen sicherheitspolitischen Weg einzuschlagen, der Gendergerechtigkeit tatsächlich fördert.

Der Bericht erscheint Ende Mai 2016 unter swisspeace.ch

SICHERHEITSPOLITISCHER BERICHT 2016

Die Heilige Kuh schafft sich eine Spielwiese

Der Bundesrat hat auf knapp hundert Seiten dargelegt, wie er die Sicherheitspolitik der Schweiz in Zukunft zu gestalten gedenkt. Auch wenn er darin die globale Sicherheitslage durchaus adäquat analysiert, zieht er aber nicht die angezeigten Konsequenzen für die Schweiz. Wie auch? Das ganze Unterfangen dient nur dazu, eine Legitimation für die Armee zu konstruieren.

Von Thomas Leibundgut

Grundsätzlich ist es positiv, wenn sich der Bundesrat Gedanken zur Sicherheit der Schweiz macht. Damit hätten die Armee und andere Sicherheitsorganisationen eine Grundlage, auf der sie aufbauen könnten. Dazu müsste diese Analyse aber objektiv und ergebnisoffen durchgeführt werden. Genau daran bestand aber offenbar kein Interesse.

Im Gegenteil: Der ganze Bericht zielt nur darauf ab, eine Legitimation für die Armee herbeizudichten. Da kann der Bundesrat noch lange zur Einsicht gelangen, dass «die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass ein bewaffneter Grosskonflikt in Europa ausbricht», oder dass «eine direkte Bedrohung durch einen bewaffneten Angriff auf die Schweiz [...] wenig wahrscheinlich ist». Die Armee, so der Bundesrat,

braucht es nach wie vor, weil es sie eben braucht. Ist so, weil ist so.

Unrealistische Bedrohungsszenarien

Gleichzeitig ist es erschreckend, was für den Bundesrat zur Bedrohung für die Schweiz wird: Die Krimkrise könne jederzeit auf die Schweiz

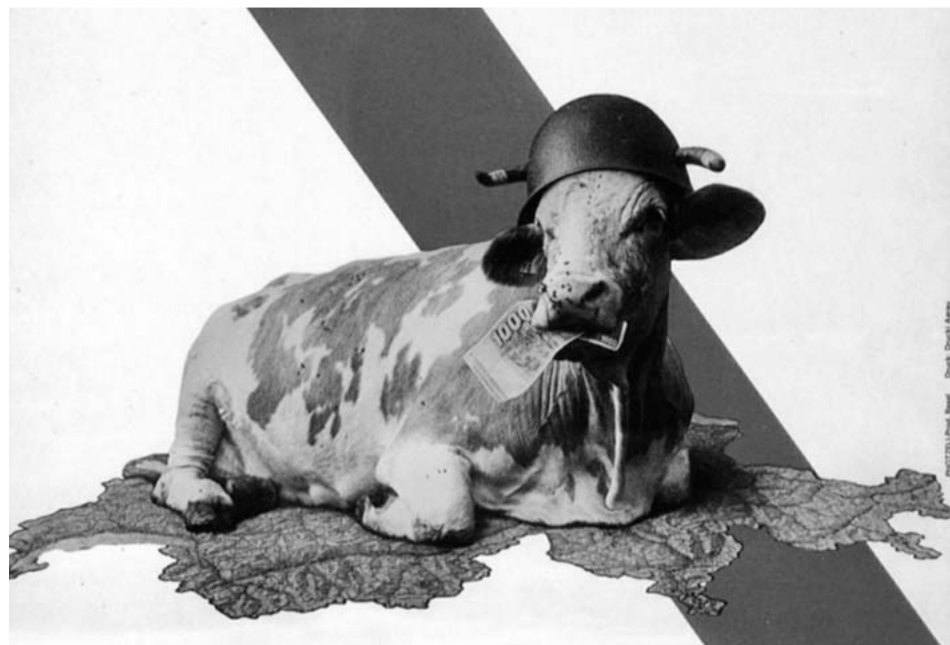
übergreifen. Alle möglichen Terroristen wollen das Bundeshaus in die Luft sprengen. Und Putin träume jede Nacht davon, endlich die Schweiz zu erobern. Kurz: Der Bericht erweckt den Eindruck, als sei der Kalte Krieg gerade «heiss» geworden.

Kein Wort aber verliert der Bundesrat über die

wirklichen Gefahren und Bedrohungen für die Schweiz. Neben ein paar pflichtschuldigen Bemerkungen zu Naturkatastrophen und Informationssicherheit fehlen Ausführungen zur Gefahr durch den Klimawandel oder zu den Bedrohungen, die die zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten bergen. Die enormen Bedrohungen, die von autonomen Waffensystemen ausgehen, werden auf lediglich sieben Zeilen abgehandelt.

Anstatt im Namen des «War on Terror» auf Repression, Aufrüstung und Eskalation zu setzen, hätte der Bundesrat besser daran getan, eine umfassende Analyse der Sicherheitslage der Schweiz vorzunehmen. Dann hätte er erkannt, dass es angezeigt wäre, sämtliche militärischen Auslandseinsätze zu beenden, und sowohl den Export als auch die Finanzierung von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern zu verbieten.

Die Erkenntnis, dass die wirklichen Bedrohungen und Gefahren des 21. Jahrhunderts ziviler Natur sind, hätte den Bundesrat denn auch zur Einsicht kommen lassen, dass es der Armee sowohl an Notwendigkeit als auch an Legitimation fehlt. Die sicherheitspolitisch klügste Massnahme wäre denn auch die Abschaffung der Armee, um die damit frei gewordenen Ressourcen in die Energiewende und den Aufbau einer gerechten und inklusiven Wirtschaftsordnung zu investieren.



LUFTABWEHR

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Nachdem der neue VBS-Vorsteher Guy Parmelin das Milliardengrab BODLUV 2020 vorerst gestoppt hat, steht nun eine Gesamtschau zur Luftwaffe an. Teil davon ist auch eine Neuevaluation des Kampffetkaufes. Trotz ermutigenden Signalen aus dem VBS ist nicht zu erwarten, dass die Schweiz gänzlich auf Boden-Luft-Raketen und Kampffjets verzichtet. Im Gegenteil.

Von Thomas Leibundgut

Mit dem Entscheid, das Projekt BODLUV 2020 zur Rundumerneuerung der Schweizer Luftabwehr zu sistieren, hat Parmelin alle überrascht. Eigentlich hätte es aber gar nicht so weit kommen dürfen. Denn dass diese Beschaffung ein Debakel werden würde, hat sich

von Beginn weg abgezeichnet: Nicht nur hatte der zuständige VBS-Offizier Fabian Ochsner als Vizedirektor von Rheinmetall Air Defence eine hochproblematische Doppelrolle, es ging vor allem auch darum, der Armee die Gripen-Milliarden doch noch irgendwie zuzuschancen. Da passte es natürlich, dass Luftwaffenchef Aldo Schellenberg dem Bundesrat das Projekt trotz «einschneidenden (No-Go) Leistungseinschränkungen» (Zitat: VBS) zum Kauf empfahl.

Nun also muss das VBS mit Geldausgaben warten, bis eine ExpertInnengruppe «eine adäquate Gesamtübersicht der Luftverteidigung» als Vorbereitung für einen neuen Kampffjetkauf vorlegt. Würde diese Expertengruppe aufgrund von Fakten arbeiten, so würde sie

feststellen, dass die Schweiz von Nato-Staaten umringt ist. Ein konventioneller Luftkrieg ist daher ähnlich realistisch, wie ein plötzliches Ende der Schwerkraft. Zudem müsste sie einsehen, dass ein von Terroristen entführtes Flugzeug im Landeanflug auf Bern-Belp innert dreissig Sekunden im Bundeshaus wäre, und ein solcher Anschlag von keiner Luftabwehr dieser Welt verhindert werden könnte – von den Folgen eines über der Berner Innenstadt abgeschossenen und abstürzenden Flugzeuges ganz zu schweigen.

Zu viel Hoffnung auf eine realistische Einschätzung besteht aber nicht: Die Erfahrungen zeigen viel eher, dass solche Expertengruppen vor allem in einem Bereich so richtig gut sind: Viel Geld für überflüssige Dinge ausgeben.

KRIEGSMATERIALEXPORTE

Die verschiedenen Wahrheiten

Alljährlich werden verschiedene Zahlen zu den Schweizer Kriegsmaterialexporten veröffentlicht. Jedes Jahr gibt es Falschmeldungen und jedes Jahr interpretieren alle die Statistiken ein bisschen anders. Eine Richtigestellung. Von Lewin Lempert

In der Woche vom 22. März ging es in der Schweizer Medienlandschaft drunter und drüber. Am Montag titelte der Tages-Anzeiger «Höchster Schweizer Waffenexport seit sieben Jahren». Im Artikel wird auf die neusten Zahlen des international renommierten Instituts Sipri (Stockholm International Peace Research Institute) Bezug genommen. Die Aussage, dass es die höchsten Exporte seit Jahren sind, stimmt. Die Schweiz wird mit den neusten Zahlen pro Kopf gerechnet zum zweitgrössten Rüstungsexporteur der Welt – nach Israel und vor Russland. Am Dienstag dann, als das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die neusten Statistiken der Schweizer Exporte präsentierte, lautete die Schlagzeile: «Schweizer Kriegsmaterial-Exporte auf Tiefstand». Wie kann das sein? Die Schweizer Gesetzgebung sieht vor, dass bei der Exportpraxis ein Unterschied zwischen «besonderen militärischen Gütern» und «Kriegsmaterial» gemacht wird. Kein anderes Land der Welt macht diese Unterscheidung.

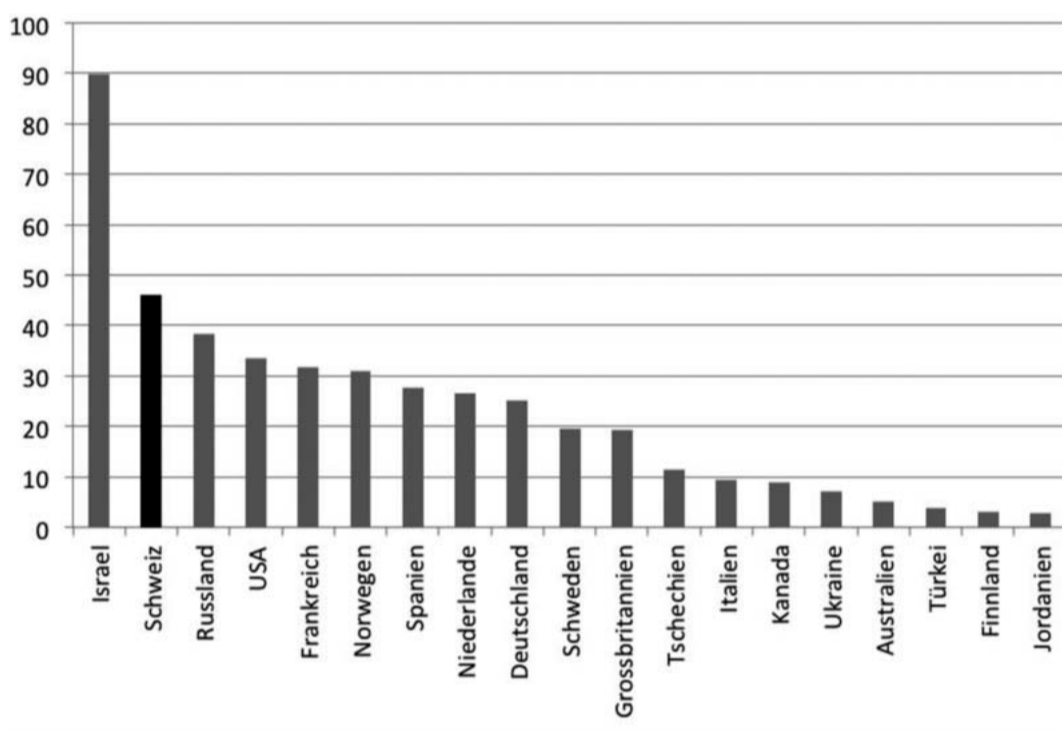
Umgehung von Rüstungsembargos

Die Unterscheidung zwischen «besonderen militärischen Gütern» und «Kriegsmaterial» führte im Jahr 2015 dazu, dass das Seco einen starken Rückgang von Kriegsmaterialexporten vermelden konnte. Wenn die beiden Kategorien zusammengerechnet würden, wäre aber ein Anstieg der Exporte um mehr als 10 Prozent zu verzeichnen. Reines «Kriegsmaterial» exportierte die Schweiz im Jahr 2015 für 446 Mio. Franken, dazu kommen «besondere militärische Güter» für 1'165 Mio. Franken. Doch nicht nur auf die öffentliche Wahrnehmung hat diese Unterscheidung einen massiven Einfluss, sondern auch auf die Einhaltung oder eben Umgehung von Rüstungsembargos. Das Seco lässt verlauten, seit März 2015 einen Exportstopp in Länder, welche in den Jemen-Krieg verwickelt sind, verhängt zu haben. Darunter fallen auch Saudi-Arabien oder Qatar. Trotz diesem Exportstopp wurde noch immer Kriegsmaterial in der Höhe von 5,8 Millionen Franken nach Saudi-Arabien exportiert. Viel mehr ins Gewicht fallen jedoch die Exporte der Kategorie «besondere militärische Güter», welche gar nicht vom vermeintlichen Exportstopp betroffen sind. Im Jahr 2015 exportierte die Schweiz Rüstungsgüter in der Höhe von 549 Millionen Schweizer Franken nach Saudi-Arabien. Der Anteil der Rüstungsexporte

nach Saudi-Arabien und in die Golfstaaten betrug 60 Prozent aller getätigten Schweizer Exporte. Darunter fallen beispielsweise die als «besondere militärische Güter» gerechneten

militärischen Trainingsflugzeuge, mit welchen die saudische Luftwaffe ausgebildet wird. Diese Luftwaffe bombardiert im Jemen-Krieg Flüchtlingslager und Krankenhäuser. Die lasche Schweizer Gesetzgebung ermöglicht diese Gräueltaten trotz vermeintlich tiefen Zahlen und vorbildlichen Rüstungsembargos noch immer.

Exporte pro Kopf in «SPIRI»-Dollars



NUKLEARE AUFRÜSTUNG

Zunehmende Bedeutung von Atomwaffen

Eine Zeit zunehmender Unsicherheit und Verunsicherung der Politik ist eine goldene Zeit für die Rüstungsbranche – es wird aufgerüstet und modernisiert, notabene alles unter dem Titel «Sicherheit gewährleisten». Die unsichersten und potenziell zerstörerischsten Waffen, die Atomwaffen, nehmen paradoxerweise an Bedeutung zu. Selten harzte es so stark mit der Abrüstungspolitik und die nuklearen Arsenale werden weltweit modernisiert. Von Meret Schneider

Die Bedeutung der Atomwaffen wächst. Weltweit werden die nuklearen Arsenale modernisiert und erweitert und die Rüstungskontrolle,

die während des Kalten Krieges für die strategische Stabilität eine zentrale Rolle spielte, wird je länger je mehr zur Farce. Laut Oliver Thränert vom Center for Security Studies (CSS) der ETH, meinte der frühere Pentagonchef Donald Rumsfeld, Rüstungskontrolle sei nichts für Freunde – spätestens nach der russischen Annexion der Krim sind Russland und die USA jedoch keine Freunde mehr. Damit kehrt die nukleare Dimension ihrer Beziehung wieder auf die internationale Bühne zurück; in der Konsequenz erneuern beide ihre Atomwaffenarsenale. Aber auch in Asien spitzen sich die Entwicklungen zu. In Peking zeigt man sich besorgt, Amerika könnte Chinas verhält-

nismässig geringe Fähigkeit zum atomaren Zweitschlag mittels Raketenabwehr unterlaufen: Um dem entgegenzuwirken, baut Peking eine neue Generation von Raketen mit Mehrfachsprengköpfen und lässt zum ersten Mal ein mit ballistischen Raketen ausgerüstetes Atom-U-Boot Patrouille fahren. Zur glaubwürdigen Abschreckung von China komplettiert Indien das düstere Bild mit der Arbeit am Aufbau einer vollständigen nuklea-

ren Triade, also Atomwaffen zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Währenddessen bleibt Rüstungskontrolle die Ausnahme und es fließen Milliardensummen in die atomare Modernisierung. Umso wichtiger erscheinen unter dieser Perspektive die Initiativen der GSoA, Investitionen der Schweiz in die Rüstungsindustrie und insbesondere in Atomwaffen produzierende Konzerne komplett zu unterbinden.

REPRESSION

Antimilitarismus in Spanien

Spaniens Regierung versucht mit einem immer repressiveren Strafgesetz Proteste und zivilen Ungehorsam im Keim zu ersticken. Letzten Herbst verzögerten vier KriegsgegnerInnen in Valencia die Entsendung einer Panzerbrigade an die internationale Nato-Übung «Trident Juncture 2015». Doch die gewaltfreie Blockade könnte sie teuer zu stehen kommen. 12'000 Euro Busse und mehrere Jahre Haft drohen den AktivistInnen. Von Nora Komposch

Eine Nato-Übung in diesem Ausmass gab es seit über zehn Jahren nicht mehr. An der «Trident Juncture 2015» vom vergangenen Herbst in Italien, Portugal und Spanien beteiligten sich insgesamt 36'000 SoldatInnen aus über dreissig Nationen. Geübt wurde anhand eines fiktiven Kriegsszenarios zwischen zwei afrikanischen Staaten, die um Wasserrechte streiten.

Fünf Tage vor Beginn des Grossmanövers protestierte die mit der GSoA befreundete Organisation Alternativa Antimilitarista-MOC gegen die Kriegstreiberei des westlichen Militärpakts. AktivistInnen ketteten sich mit Röhren an Panzern fest, um diese an der Abfahrt an das Nato-Manöver in Chinchilla zu hindern. Nachdem die AktivistInnen diese friedliche Aktion mehrere Stunden lang durchgeführt hatten, wurden sie von der berüchtigten Guardia Civil abgeführt und verhört. Heute drohen den vier AktivistInnen bis zu 12'000 Euro Busse und mehrere Jahre Haft.

Die im Juli 2015 eingeführte verschärfte Strafgesetzgebung kriminalisiert den politischen Aktivismus und verunmöglicht diesen somit zunehmend, was viele an die faschistischen Knebelgesetze der Franco-Diktatur erinnert. Eines der Ziele der Protestaktion der MOC-AktivistInnen war auch das Durchbrechen des



Quelle Bild: Eva Mániz

Schweigens und des Pessimismus, der seit letztem Sommer viele soziale Proteste eingefroren hatte. Antimilitarista-MOC ruft zu internationaler finanzieller Unterstützung auf, um weiterhin Proteste durchführen und der repressiven Strategie der Einschüchterung etwas entgegen-

zusetzen zu können. Antimilitarismus und Frieden kennen keine Grenzen. Zeigen wir Solidarität mit den AktivistInnen in Valencia! Weitere Infos und Anleitung zur solidarischen Unterstützung findest Du unter: <http://mocalencia.org/en/>

RHETORIK

Katastrophenmetaphern als Waffe gegen Flüchtende

Wie mit der Wahl von Wörtern die Einstellung der Bevölkerung manipuliert wird.
Von Martin Parpan

Stellen wir uns vor, wir würden folgende Begriffe unabhängig vom Kontext hören: Überschwemmung, Wellen, Bedrohungslage, Verteidigungslinie, Operationsgebiet, Notfallszenario. Es ist anzunehmen, dass wir dabei reflexartig an Naturkatastrophen oder an Krieg denken. Tatsache ist aber, dass diese Begriffe längst in der Alltagssprache von rechten PolitikerInnen und in breiten Kreisen ihrer WählerInnen Eingang gefunden haben. Dies vor allem wenn es darum geht, die Situation von flüchtenden Menschen in der Schweiz und in Europa zu beschreiben. Klar ist, dass diese Metaphern nicht «zufällig» zur Anwendung kommen, sondern bewusst dazu missbraucht werden, um eine emotionalisierte Grundstimmung zu schaffen, bevor eine sachliche Diskussion stattfinden kann. Wenn ein Politiker in einer Diskussion davor warnt, dass bei der nächsten «Flüchtlingswelle» auch die Schweiz nicht mehr darum herum komme, über «Notfallszenarien» zu diskutieren, dann ist diese Aussage rein sachlich zwar ziemlich inhaltslos, auf der emotionalen Ebene wurde damit das Ziel aber bereits erreicht: Angst und Abwehrreflex beim Zuhörer.

Wie weit diese Grundstimmung bereits Eingang in die Gesellschaft gefunden hat, ist unter anderem dann feststellbar, wenn Gemeinden oder Städte Asylsuchende aufnehmen. Im Rahmen von Informationsveranstaltungen werden Gemeindeangehörige und AnwohnerInnen auf die neue Situation «vorbereitet». Gegen eine offene Informationspolitik ist zwar nichts einzuwenden, irritierend ist jedoch, wie viel Zeit bei solchen Veranstaltungen dazu verwendet wird, um den Anwesenden zu versichern, dass «die Ängste der Bevölkerung sehr ernst genommen würden und man wirklich alles tue, um sicher zu stellen, dass nichts passiere». Auch hier entsteht somit das Gefühl, dass es darum geht, ein Risiko unter Kontrolle zu halten. Ob überhaupt ein Risiko existiert, steht nicht mehr zur Debatte.

Geschürte Angst als Nährboden für Armeekonzepte

Das gefährliche an diesem Diskurs ist, dass sich damit breite Teile der Bevölkerung in eine «hysterische Alarmbereitschaft» versetzen lassen, die faktenbasierte Diskussionen kaum noch zulassen. Diesen Leuten erscheint der Schritt zu sogenannten «Notfallmassnahmen» als logische Folge der «Bedrohungslage». Heute werden Nato-Kriegsschiffe eingesetzt, um

Flüchtende in die Hoffnungslosigkeit zurückzudrängen. Grenzen werden mit Zäunen «gesichert». Die Grenzwahe in der Schweiz hat die Unterstützung der Armee bereits in ihre Konzepte einbezogen. Profiteure dieser Entwicklung sind jene, welche in «nationalistischen» und «militärischen» Konzepten denken. Diese Kreise werden auch zukünftig mit Kata-

strophen-Metaphern arbeiten, um ihre Ziele zu erreichen. Aufgabe von an einer sachlichen Diskussion interessierten Menschen ist es, diese Metaphern nicht einfach stehen zu lassen, sondern sie konsequent als das zu entlarven was sie sind: Ein Mittel, um auf der Basis von geschürten Ängsten eigene Interessen durchzusetzen.



© Lydia Gensler - Fotolia.com

GRENZEN

Kein Einsatz der Armee gegen Geflüchtete!

Die Pläne, die Armee im Falle einer Asyl-Krise einzusetzen, erinnert an die militärische Flüchtlings-Abwehr während des Zweiten Weltkriegs. Von Josef Lang

Seit dem 24. Februar besteht die konkrete Gefahr, dass die Armee gegen Geflüchtete eingesetzt wird. Das VBS teilte 5'000 Soldaten die Verschiebung ihres Wiederholungskurses mit. Am Rande einer Pressekonferenz erklärte der Armeechef André Blattmann, «Ziel der Verschiebungen» sei es, «dass die Armee über das ganze Jahr immer genug Verbände für einen allfälligen Einsatz im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise bereit hat.» Blattmann betonte weiter, dass «schon jetzt Tätigkeiten wie Bewachen, Überwachen und Beobachten geübt» würden. Ausserdem sei es denkbar, «dass Armeeformationen hinter der Grenze Flüchtlinge in Empfang nehmen und in Auffanglager bringen.» Bereits heute kann die Armee in 48 Stunden rund 2'000 Soldaten aufbieten. Dabei handle es sich um Militärpolizeiformationen, ein Bataillon Infanterie-Durchdiener und zwei WK-Bataillone, die in Bereitschaft seien. Die Vorstellung von bewaffneten und uniformierten Offizieren und Soldaten, welche Geflüchtete an der Grenze abweisen oder zuweisen, ist ein Albtraum. Aber selbst wenn die Armee nur hinter der Grenze eine Rolle spielen sollte, wäre das mehr als fragwürdig. Die meisten Geflüchteten kommen aus Kriegsgebieten. Militär-Uniformen und erst recht Waffen haben eine retraumatisierende Wirkung. Der Zivilschutz und allenfalls der Zivildienst sind für den Empfang und die Betreuung von Geflüchteten besser geeignet.

Militärische Scharfmacher

Die Armeepäne rufen die katastrophale Rolle der Schweizer Armee im Zweiten Weltkrieg

in Erinnerung. Damals wurden 30'000 jüdische Geflüchtete in den sicheren Tod zurück geschickt. Trotz Hauptverantwortung des Bundesrates haben die Armee und ihr General eine Scharfmacher-Rolle gespielt. Dazu ein Zitat aus dem «Schlussbericht der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» (Zürich, 2002) zur «Verantwortung der Armee» vom Herbst 1942, als die Judenvernichtung bereits im Gange war: «Oberstleutnant Jakob Müller von der Heerespolizei schlug Rothmund (Chef der Fremdenpolizei) (...), scharfe Grenzbewachung mit grossem Truppenaufwand, Verwendung von Schusswaffen, Scheinwerfern, evtl. Gas, Erstellung von Drahthindernissen auf der ganzen Strecke vor. Rothmund leitete die Vorschläge an Bundesrat von Steiger mit dem Kommentar weiter, er

könne mit dem Schreiben «des alten Haudegens Müller» nicht viel anfangen. «Immerhin enthält es gute polizeiliche Hinweise für die zukünftige Organisation des Grenzschutzes (ohne Gas!).» Die Idee, an der Grenze Tränengas gegen Geflüchtete einzusetzen, ist zweifellos krass; sie illustriert jedoch, mit welchen Vorstellungen das EJPD von seitens der Armee konfrontiert werden konnte.» Dieser Aussage fügt der sogenannte Bergier-Bericht bei: «Dass die Armee zu den Hauptverantwortlichen für die restriktive Flüchtlingspolitik zählt, wurde lange Zeit nicht wahrgenommen.» (S. 137)

Die Härte der Armee gegenüber den jüdischen Geflüchteten hatte auch mit dem grassierenden Antisemitismus insbesondere unter der konservativen Mehrheit des Offizierskorps zu tun. So unterbreitete General Henri Guisan dem

Bundesrat im Mai 1940 einen Bericht, der die «grosse Masse jüdischer Emigranten, denen das Asylrecht eingeräumt würde, als eine nicht unbedeutende Gefahrenquelle» bezeichnete. «Mitleid und Nachsicht sind bei der heutigen Lage der Schweiz nicht mehr am Platze, allein Härte tut Not.» (S. 129)

Basel humaner als Bundesrat und Armee

Wie negativ sich der ab 1940 gewachsene Einfluss der Armee auswirkte, zeigt das Beispiel Basel. Unter dem Titel «Humaner als Bern» veröffentlichte der Historiker Jean-Claude Wacker 1992 in Basel eine Lizenzatsarbeit über die «Schweizer und Basler Asylpraxis gegenüber den jüdischen Flüchtlingen von 1933 bis 1943 im Vergleich». Solange die zivilen Basler Behörden das Sagen hatten, war es für bedrohte Menschen leichter, über die Grenze zu gelangen. Je grösser der Einfluss der Armee in diesem Grenzgebiet war, desto schwieriger wurde es: «Während des Krieges beeinflusste und erschwerte die Armee mit ihrem sicherheitspolitischen Konzept die Flüchtlingspolitik.» (S. 64) Allerdings gab es auch Soldaten und Offiziere an der Jura-Grenze, welche ab 1943 Geflüchteten den Weg ins «sozialdemokratische Basel» wiesen. (S. 197) Den Hauptunterschied zwischen Basler und Schweizer Behörden sieht Wacker im Antisemitismus, der in der RheinStadt weniger stark war als andernorts und in der Armee.

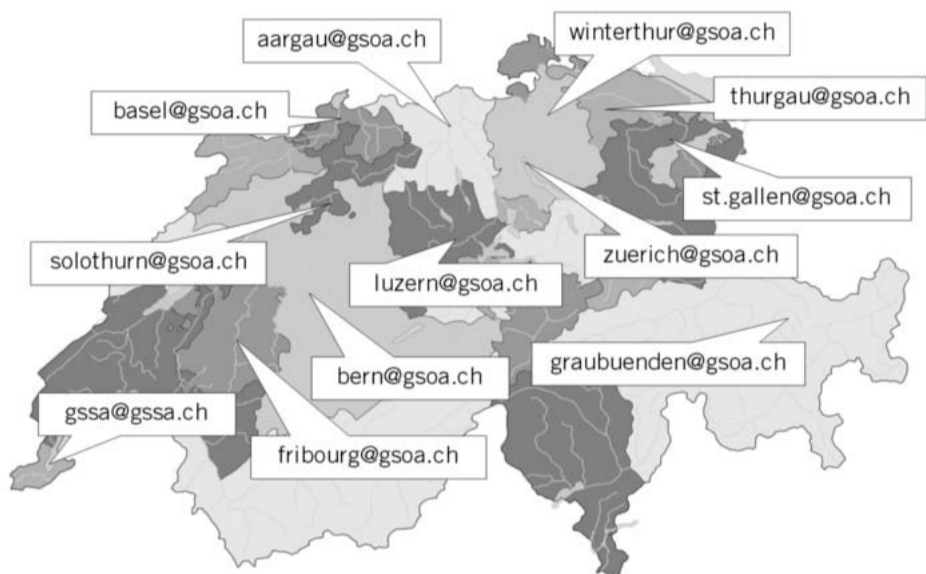
Auch heute fliehen die Schutzsuchenden vor massiver Gewalt. Diese Gewalt wird im Nahen und Mittleren Osten mit Waffen ausgeübt, die vor allem aus dem Westen stammen. Zu den wichtigsten Kriegsmaterial-Liefernden gehört die Schweiz. Gescheiter als Soldaten gegen Geflüchtete an die Grenze zu stellen, wäre es auf die Exporte und die Finanzierung von Waffen zu verzichten.



Stoppen wir die Investitionen in Rüstungsfirmen!

(ms) Am 09. April 2016 hat die Vollversammlung der GSoA beschlossen, in verschiedenen Städten (z.B. in Bern, Zürich, Luzern, Chur) kommunale Initiativen zu lancieren – dafür brauchen wir Dich! Die Initiativen fordern, dass städtische Angestellte bei Pensionskassen versichert sind, die nicht in Kriegsmaterial produzierende Konzerne investieren. Fast alle angefragten kommunalen Pensionskassen investieren nämlich in Rüstungsfirmen, die sogar Atomwaffen und Streumunition herstellen – dies, obwohl die Finanzierung dieser Waffen gesetzlich untersagt ist. Bei den Pensionskassengeldern handelt es sich keineswegs um kleine Beträge.

Verhindere gemeinsam mit uns, dass mit Schweizer Pensionskassengeldern Kriegsmaterial finanziert wird und hilf mit, die nötigen Unterschriften für die Initiativen zu sammeln! Schreib dazu einfach eine Email an die betreffende Regionalgruppe oder einen Brief an die untenstehende Adresse.



Eine Investition in den Frieden!

Wie Du dieser Zeitung entnehmen kannst, planen wir für dieses und nächstes Jahr verschiedene grosse Projekte gegen die Rüstungsindustrie. Ein Grossteil der Arbeit der GSoA wird von freiwilligen AktivistInnen geleistet. Bei der Lancierung der kommunalen und nationalen Volksinitiativen sind wir aber auch auf finanzielle Mittel angewiesen. Mit jeder Spende per beiliegendem Einzahlungsschein trägst Du unmittelbar zum Erfolg der GSoA bei.

Herzlichen Dank für Deine Investition in den Frieden!

GREGOR,

das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ/Wohnort

Tel.

E-Mail E-Mail für Newsletter registrieren

Stck.	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button		Fr. 1.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...» Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...» Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
	Soldatenzeitung Panzerknacker		kostenlos	
Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:				
	Kleber AUSGESCHOSSEN!		kostenlos	
	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!		Fr. 2.-	
	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!		Fr. 15.-	
	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!		Fr. 15.-	
Versandkostenanteil				Fr. 4.80

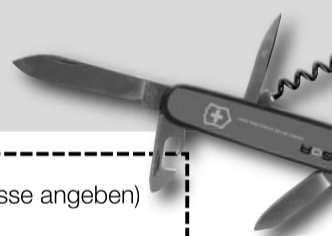
Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende Fr. _____ Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Impressum

Redaktion: Felix Birchler (fb), Jannik Böhm (jb), Michael Christen (mc), Stefan Dietiker (sd), Tobias Estermann (te), Adi Feller (af), Daniela Fischer (df, verantwortlich), Amanda Gavilanes (ag), Mélanie Glayre (mg), Josef Lang (jl), Lewin Lempert (ll), Thomas Leibundgut (tl), Nora Komposch (nk), Beni Müller (bm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzc (np), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Renate Schoch (rs), Meret Schneider (ms), Fabian Stalder (fs), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich **Auflage:** 20 000, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-**

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.